

VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER BUNDESSEKTION RICHTER UND STAATSANWÄLTE IN DER GÖD

Justizpalast, Museumstr.12, 1016 Wien
Tel: 01/52152/3644, FAX: 01/52152/3643
E-mail: river@nexta.at, Homepage: www.richtervereinigung.at

Der Vorstand der Vereinigung der österreichischen Richter und die Bundessektionsleitung Richter und Staatsanwälte in der GÖD beobachten mit Besorgnis die personelle Entwicklung in der Justiz. Während auf der einen Seite neue, personalaufwändige Gesetze beschlossen werden, die Kriminalität weiter steigt, und die Belastung der Gerichte zunimmt, wird andererseits in völliger Missachtung der realen Verhältnisse die Justiz durch die unnachgiebige Budgetpolitik des Finanzministers personell ausgehungert. Da die Justiz keinerlei Personalreserven aufweist, führen Sparmaßnahmen zwingend zu Verfahrensverlängerungen. Das ist der rechtsuchenden Bevölkerung u.a. deswegen nicht zumutbar, weil die Gebühren für Gerichtsverfahren eine ausreichende Personalbedeckung problemlos gewährleisten würden. Zu Recht hat der Bundesminister für Justiz daher mehr Planstellen für die Justiz gefordert. Die Leitungsgremien der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Standesvertretungen unterstützen daher die Forderung des Bundesministers für Justiz nach 200 Richterplanstellen und ausreichender Dotierung der Planstellen für Beamte und Vertragsbedienstete. Es liegt im Interesse der Verfahrensbeteiligten, aber auch der Gerichtsbarkeit und des Rechtsstaates insgesamt, dass Verfahren möglichst rasch beendet werden können. Auch für den Wirtschaftsstandort stellt dies ein gewichtiges Beurteilungskriterium dar. Selbstverständlich wäre es auch aus Sicht der Richterinnen und Richter anzustreben, alle Verfahren innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr beenden zu können, wie dies der Bundesminister für Justiz als Ziel formuliert hat. Ohne die von ihm geforderten 200 zusätzlichen Richterplanstellen wird dies aber keinesfalls gelingen. Die Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fordern die Mitglieder der Bundesregierung auf, ihren Regierungskollegen BM Böhmdorfer bei seinem Bemühen um die notwendige Ausweitung der Planstellen zu unterstützen.

Dr. Barbara Helige
Präsidentin

Dr. Klaus Schröder
Vorsitzender